



Presseschau vom 06.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: Donbass: Georgier verlassen ukrainische Brigade wegen „rechtswidriger Befehle“

Die sogenannte „Georgische Nationale Legion“, die im Donbass aufseiten der ukrainischen Armee kämpft, hat via Facebook ihren Austritt aus der 54. Brigade wegen „Inkompetenz“ und „rechtswidriger Handlungen“ des Kommandos angekündigt.

„Am 20. Dezember 2017 hat die ‚Georgische Legion‘ in ihrer vollen Zusammensetzung die 54. Brigade wegen der Inkompetenz des Kommandeurs Alexej Maistrenko und seiner Umgebung sowie wegen der von ihm erlassenen rechtswidrigen Befehle verlassen“, hieß es. Die Einzelheiten einer Operation, bei der elf Kämpfer der Legion verletzt worden seien, wolle man in den kommenden Tagen bei einer Pressekonferenz mitteilen.

Laut der „Legion“ hatte die Führung der Brigade versucht, verwundete georgische Kämpfer, die die „Wahrheit über die rechtswidrigen Befehle“ des Vorgesetzten hätten erzählen können, aus dem Militärkrankenhaus auszuweisen.

Darüber hinaus werfen die georgischen Kämpfer ihren ukrainischen Vorgesetzten vor, ihnen Privatgegenstände, Transportmittel sowie Munition weggenommen zu haben, darunter auch die von Freiwilligen spendierten Panzerwesten, Schutzhelme und Zielfernrohre.

Die „Georgische Nationale Legion“ war im Jahr 2014 gegründet worden, um den ukrainischen Soldaten in der Ost-Ukraine zu helfen. 2016 wurde die über einhundert Mann starke Einheit in den Bestand der 54. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte

integriert. Das war das erste Mal in der ukrainischen Geschichte, dass die Armee offiziell Ausländer aufgenommen hat.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte viermal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **Leninskoje** und **Sajzewo** mit Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo** und **Nishneje Losowoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: Wie 1945 auf dem Reichstag: Rote Fahne über Rakka gehisst
Mitglieder des „Internationalen Freiheitsbataillons“ (IFB) haben kürzlich über der syrischen Stadt Rakka, der ehemaligen Hochburg der Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS), eine rote Fahne wie auf dem berühmten Foto von 1945 „Sowjetische Fahne auf dem Reichstag“ gehisst. Darüber schreibt die britische Zeitung „The Morning Star“ am Samstag. Wie IFB-Vertreter, die neben der syrischen Opposition und den kurdischen Milizen an Kämpfen gegen den IS teilnehmen, gegenüber dem Blatt sagten, nehmen sie Rakka als Symbol für den Sieg über dem „IS-Faschismus“ wahr.

Das „Internationale Freiheitsbataillon“ vereint Anhänger der kommunistischen Ideologie aus verschiedenen Ländern Europas und des Nahen Ostens.

Im Oktober hatten die „Demokratischen Kräfte Syriens“ mit Hilfe der US-geführten Koalition Rakka für befreit erklärt. Damals hatte Syriens Außenministerium betont, es werde die Stadt so lange als okkupiert betrachten, bis die syrische Armee sie unter ihre Kontrolle gebracht hat.



<https://pbs.twimg.com/media/DSi4EXOWkAEfWhX.jpg>

Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 166. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 109.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

ukrinform.ua: Bei der Einreise in die Ukraine wurden bereits 15.500 Russen biometrischen Kontrollen unterzogen.

Über 22,5 tausend Menschen haben bisher biometrische Kontrollen bei der Einreise in die Ukraine durchlaufen, davon sind fast 15.500 Bürger der Russischen Föderation.

Dies teilte der Assistent des Vorsitzenden des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine Oleg Slobodjan auf dem Sender "112 Ukraine" mit.

„Seit Anfang des Jahres haben mehr als 22.500 Menschen die biometrische Kontrolle bestanden. Dies betrifft Bürger aus 70 Ländern, die gemäß der Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrats eine biometrische Kontrolle durchlaufen müssen. Von diesen 22,5 Tausend Menschen waren fast 15,5 Tausend Bürger des Nachbarlandes, also die überwiegende Mehrheit sind“, sagte Slobodjan.

Nach seinen Worten funktioniert das System der biometrischen Kontrolle inzwischen effektiv, ernste Probleme seien nicht aufgetreten.

...

Am 1. Januar 2018 hat das System zur Erhebung von biometrischen Daten für Bürger aus 71 Ländern mit der Arbeit begonnen. Bereits am 27. Dezember startete die Ukraine einen Testmodus der biometrischen Kontrolle an der Grenze zu Russland.

Das neue System zur Erfassung biometrischer Daten ermöglicht nicht nur die Überwachung der Aufenthaltsdauer im Land, sondern ist auch mit den Datenbanken von Interpol verbunden. Pässe, ID-Karten, Führerscheine und sogar technische Zertifikate werden an der Grenze geprüft. Es wird davon ausgegangen, dass nur technische Probleme bei Touristen auftreten können, die keine biometrischen Pässe haben.

nachmittags:

de.sputniknews.com: USA im Kreuzfeuer: Iran-Sitzung im UN-Sicherheitsrat nur „Zeitverschwendung“

Die am Freitag von den USA initiierte Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats zu den anhaltenden Protesten im Iran hat für scharfe Kritik gesorgt, wobei nicht nur seitens Russlands und des Iran, sondern auch US-Verbündeter. Das berichtete die Agentur AFP am Samstag.

Unter anderem bezichtigten Moskau und Teheran Washington, sich in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen und seinen ständigen Sitz in diesem Gremium zu missbrauchen. Auch äußerten mehrere Redner die Auffassung, dass der Weltsicherheitsrat keine Befugnisse besitze, um einen internen Konflikt auf die eigene Tagesordnung zu setzen. Wie der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, sagte, beeinträchtigen die USA das Ansehen dieser Struktur.

„Für alle ist offensichtlich, dass das heute gewählte Thema nicht den im Statut verankerten Prärogativen entspricht“, so Nebensja.

Dabei vermutete er, dass die USA wohl eine „Allergie gegen den Iran“ hätten, wo sich die

Situation mittlerweile normalisiert habe. Zudem rief er die USA auf, dem Iran das Recht zu überlassen, interne Probleme selbst zu lösen, zumal dieser Prozess bereits begonnen habe. Auch andere im Sicherheitsrat vertretene Länder, darunter Bolivien, Äthiopien und Äquatorialguinea, kritisierten die Sitzung. Beispielsweise unterstrich der chinesische Vize-Botschafter bei der Uno, Wu Haiteo, dass die Lage im Iran die Stabilität in der Region keiner Gefahr aussetze, weshalb der Sicherheitsrat nicht zuständig sei.

Auch Schweden und Kuwait sollen sich zurückhaltend geäußert haben. Großbritannien und Frankreich verwiesen zwar erneut darauf, dass der Iran die Rechte der Demonstranten achten müsse. Der französische UN-Botschafter François Delattre sagte aber ebenfalls, dass „die Ereignisse der vergangenen Tage keine Bedrohung für den Frieden und die globale Sicherheit darstellen“.

Indes soll der iranische UN-Botschafter Gholamali Choschroo die Sitzung als „Farce“ und „Zeitverschwendung“ bezeichnet haben.

Die US-Botschafterin bei der Uno, Nikki Haley, hatte in der Sitzung Teheran davor gewarnt, die Proteste zu unterdrücken. „Die Welt beobachtet, was Sie tun“, mahnte sie. Die Demonstrationen im Iran seien ein Menschenrecht der Bevölkerung, so Haley.

Der UN-Sicherheitsrat trat am Freitag zu einer Sondersitzung zusammen, um die Situation im Iran zu erörtern.

Seit dem vergangenen Donnerstag dauern in iranischen Großstädten, darunter in Teheran, Maschhad, Isfahan und Rascht, massenhafte soziale Protestaktionen an. Der iranische Staatspräsident Hassan Rouhani sagte, die Proteste seien nicht nur auf interne Probleme des Landes, sondern auch auf eine Aufwiegelung aus dem Ausland zurückzuführen.

Medienberichten zufolge kamen bei den Unruhen mindestens 21 Menschen ums Leben.

Allein in den vergangenen drei Tagen wurden in Teheran etwa 450 Menschen festgenommen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31895/65/318956591.jpg>

ukrinform.ua: Ein Soldat im ATO-Gebiet verwundet.

Bei Kämpfen im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) ist in den letzten 24 Stunden ein ukrainischer Soldat verletzt worden.

Das teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Oberst Olexandr Motusjanyk, in einem Briefing am Samstag mit. Laut dem Sprecher sei der Soldat bei einem Beschuss nahe dem Bergwerk Butowka verwundet worden. Das Leben des Verletzten sei außer Gefahr. Tote habe es nicht gegeben.

de.sputniknews.com: „Politisch motivierte Lebensmittelsanktionen“: EU schreibt Kreml Rechnung – Zeitung

Die EU erhöht laut der Zeitung „Politico“ den Druck auf Russland im „Kampf der gegenseitigen Sanktionen“. Brüssel wolle 1,4 Milliarden Euro jährlich von Russland erzwingen, weil der Kreml angeblich ein illegales Importverbot auf Schweinefleisch aus Europa eingeführt habe.

Wie die Zeitung unter Berufung auf eigene Quellen schreibt, erlebte der Fall über Entschädigungen auf Forderung der EU-Kommission in dieser Woche einen neuen Aufschwung: Die Welthandelsorganisation (WTO) stellte demnach eine Forderung an das Schiedsgericht.

Laut einem EU-Vertreter wird dieser Prozess entscheiden, ob die EU-Forderung gerechtfertigt ist. Im Fall eines positiven Beschlusses werde das Gericht dann auch bestimmen, ob die genannte Maßnahme in Bezug auf Moskau angewandt werden könne.

2016 hatte die WTO laut „Politico“ beschlossen, dass Russland ein illegitimes Einfuhrverbot auf Schweinefleisch verhängt habe, weshalb dänische, deutsche und niederländische Bauern einen „harten Schlag“ erlitten hätten.

Die von Brüssel geforderte Entschädigung in Höhe von 1,4 Milliarden Euro entspreche den Gesamtkosten des Schweinefleischexports aus der EU nach Russland im Jahr 2013.

Außerdem soll diese Summe jährlich um 15 Prozent erhöht werden.

Wie aus dem Artikel ferner hervorgeht, will Brüssel die genannte Summe nicht als Strafe erheben, sondern durch zusätzliche Zölle kumulieren, die den Import von russischen Waren in die EU betreffen sollen.

Die Maßnahmen seitens Brüssels gegen Moskau zeugten davon, dass die EU beginne, die Legitimität der „politisch motivierten Lebensmittelsanktionen des Kremls“ anzufechten, schreibt Politico.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation auf der Krim und in der Ukraine verschlechtert. Ende Juli 2014 waren die EU und die USA von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft übergegangen. Russland verbot im Gegenzug die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA, den EU-Ländern, Kanada, Australien und Norwegen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Im Vorfeld von Weihnachten haben die ukrainischen Streitkräfte weiterhin das Regime der Feueinstellung verletzt und mit sechs Mörsergeschossen des Kalibers 120mm, Granatwerfern und Schusswaffen **Leninskoje** sowie mit Granatwerfern und Schusswaffen **Sajzewo** beschossen.

In Folge von Scharfschützenfeuer der ukrainischen Streitkräfte **starb ein Verteidiger unserer Republik.**

Wie wir mehrfach mitgeteilt haben, ist die Lage der Dinge in der 54. mechanisierten Brigade an einen kritischen Punkt geraten und schließlich nach außen geschwappt.

Die im Dezember erfolgte Gruppendesertion der sogenannten „georgischen Legion“ ist dafür ein deutliches Beispiel.

Nun ist der Abzug der georgischen Söldner aus der 54. Brigade in den ukrainischen Massenmedien die Nummer eins. Alle stellen sich die Frage, was die Ursache der offenen Desertion dieser „legalisierten“ Söldner war? Ich antworte Ihnen:

Die georgischen Söldner aus dem 25. Bataillon „Kiewskaja Rus“ haben Ende November 2017 an einer der katastrophalsten „Operationen“ der ukrainischen Streitkräfte zur militärischen Einnahme von Gladosowo und Trawnewoje teilgenommen, aufgrund derer die friedlichen Einwohner dieser Ortschaften, die gewaltsam nicht nur von „Ajdarern“, sondern auch ausländischen Kollaborateuren aus Georgien besetzt wurden, litten. Im Dezember hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte begriffen, dass seine Einheiten in den „Gladosower

Kessel“ geraten sind, in dem das Leben von Dutzenden seiner Soldaten „verbraucht“ wurde. Dabei wurden die Handlungen des ukrainischen Kommandos, das in eine Sackgasse getrieben worden war, von größten Fehlern begleitet. Darunter sind: der „freundschaftliche“ Beschuss von georgischen Söldnern am 26. November 2017 durch die Artillerie der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, in dessen Ergebnis 6 Kämpfer verletzt wurden; am 16. Dezember ein weiterer „freundschaftlicher“ Beschuss georgischer Söldner durch Einheiten der 54. Brigade aufgrund von fehlerhaften Entscheidungen des Brigadekommandeurs Majstrenko, in dessen Folge 11 georgische Söldner verletzt wurden. Dabei hat das ukrainische Kommando den ersten Beschuss verschwiegen und beim zweiten versucht, die Verantwortung auf die Streitkräfte der DVR zu schieben.

All diese nicht angemessenen Handlungen der ukrainischen Kommandeure riefen bei den georgischen Söldnern Empörung hervor. Der letzte Tropfen für die Entscheidung der Georgier, aus der 54. Brigade abzuziehen, war die Beteiligung der Einheit am Beschuss von Nowoluganskoje am 19. Dezember auf Befehl von Majstrenko. Bei diesem Verbrechen hatte das 25. Bataillon „Kiewskaja Rus“ die Aufgabe, Brandgeschosse auf friedliche Gebiete des Dorfes zu schießen, um die Folgen eines Beschusses mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ zu imitieren.

Anschließend wurde dieser Beschuss von ukrainischen Massenmedien als Raketenfeuer mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ von den Positionen der Streitkräfte der DVR aus dargestellt. Dies alles war für Majstrenko persönlich notwendig, um sein Verbrechen zu rechtfertigen und um vom übergeordneten Kommando die Bewilligung zur Verwendung von schwerer Artillerie gegen die Einwohner von Gorlowka und Golmowskij, angeblich als Antwort auf unseren Beschuss, zu erhalten.

So desertieren selbst die georgischen Söldner, die an der Erschießung der „himmlischen Hundert“ auf dem Maidan beteiligt waren, und weigern sich, sich den ukrainischen Kommandeuren unterzuordnen, die, wie die Erfahrung zeigt, überhaupt nicht fähig sind zu kämpfen, sich aber auch durch noch größere Brutalität und Heimtücke auszeichnen. Jetzt reißen sich die Georgier in die bewaffneten Abteilungen der Opposition von M. Saakaschwili ein und werden sich an der ukrainischen Führung für ihre getöteten Freunde brutal rächen. Heute wurde vom Leiter der Koordination der Volksmiliz der DVR ein Befehl „Über das Verbot der unbegründeten Beschränkung der Aktivitäten der Beobachter der OSZE-Mission“, der unsere Zusammenarbeit mit den internationalen Beobachtern verbessern wird, unterschrieben und in den Massenmedien veröffentlicht.

de.sputniknews.com: Politiker antwortet Gabriel: EU fühlt sich wie Teenager ohne Schutz von Erwachsenen

In einem Interview mit dem „Spiegel“ hat Bundesaußenminister Sigmar Gabriel den fehlenden Respekt Russlands, Chinas, und der USA gegenüber der EU beklagt. Der russische Außenpolitiker Konstantin Kossatschjow hat diese Worte kommentiert: Ohne die leitende Rolle der USA fühlt sich die EU laut ihm wie ein Teenager ohne Unterstützung von „Erwachsenen“.

„Die Beschwerde Gabriels, Moskau, Peking und Washington würden die EU überhaupt nicht schätzen oder gar missachten, erinnert an die Wehklagen eines jungen Mannes, der es gewohnt ist, sich immer auf die Hilfe seiner Eltern verlassen zu können, und der sich plötzlich in der Welt der Erwachsenen wiedergefunden hat“, sagte Kossatschjow, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), im Gespräch mit RIA Novosti.

Gabriels Äußerung hält er für unbegründet: „Ich würde nicht von einer Missachtung von unserer Seite sprechen“, so der Außenpolitiker weiter. Aber ein „gewisses Unverständnis“,

gelinde gesagt, sei offensichtlich. „Denn die Europäische Union könnte wirklich, wenn sie das nur wollte, eine selbstständigere Rolle spielen, zumindest in den europäischen Angelegenheiten.“

Die EU hat laut Kossatschjow schon eine solche Chance dazu gehabt. Konkret im Rahmen des „Normandie“-Formats hätte Europa die Umsetzung der Minsker Abkommen durchsetzen können. „Doch Brüssel hat alles auf die Sanktionen gegen Russland reduziert und abermals auf Geheiß des ‚großen Bruders‘ gehandelt und diesen sogar in gewissen Sachen übertroffen.“

Europäische Werte
Kossatschjow gibt dem deutschen Außenminister in einer Frage jedoch Recht: Anstatt einer vollwertigen Außenpolitik, bei der gemeinsame europäische Interessen definiert würden, definiere Brüssel nur die gemeinsamen Werte. Bei der Festlegung gemeinsamer Interessen sei Europa viel zu schwach.

Nur Werte in den Mittelpunkt zu stellen sei aber falsch, so Gabriel. Er verglich die EU mit einem Vegetarier, der es in einer Welt voller Fleischfresser sehr schwer habe.

Doch aus Sicht von Kossatschjow sieht die Lage etwas anders aus: „Wenn die EU ihre Werte konsequent umgesetzt hätte, wäre ihre Autorität jetzt weitaus größer. Aber wenn man sich in einem Fall auf die Seite der Separatisten stellt und das Mutterland angreift, wie es seinerzeit in Belgrad war, und in einem anderen Fall den Separatismus mit Empörung verurteilt; wenn man sich in einem Fall für die Menschenrechte einsetzt, und in einem anderen Menschen vergisst und nur von der territorialen Unversehrtheit eines Staates spricht, glaubt einem im Endeffekt niemand mehr.“

Rezept für Europa

Kossatschjow hat für die „verängstigte EU, die in die Welt der Erwachsenen geraten“ sei, ein einfaches Rezept: Es sei höchste Zeit einzusehen, dass die Spiele aus der Zeit des Kalten Krieges wie die Osterweiterung der Nato, die Unterstützung von Farbrevolutionen und das gezielte Umwerben von ehemaligen Sowjetrepubliken, darunter auch die absolut rechtswidrigen Staatstriebe, in erster Linie Europa selbst schaden.

Europa brauche eine neue „Architektur der Sicherheit“, die auf friedlichem Miteinander mit den Nachbarn und nicht auf Versuchen beruhe, alle nach eigenem Geschmack umzukrempeln.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist relativ angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **dreimal den „Neujahrswaffenstillstand“ verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Logwinowo** und **Nishneje Losowoje**. Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden 97 Mörsergeschosse und Granaten auf das Territorium der Republik abgefeuert

In Kolesnikowka, Staniza-Luganskaja-Bezirk, ist im Verantwortungsbereich der 80. Gebirgsturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte eine Kompanie der Nationalgarde der Ukraine eingetroffen.

Die Einheit ist zur Verstärkung der Rechtsordnungsmaßnahmen auf dem Grenzterritorium in diesem Gebiet in Form von Säuberungen und Festnahmen von Einwohnern, die die aggressiven Absichten der Kiewer Junta nicht unterstützen, eingetroffen.

Es wurde festgestellt, dass im Gebiet von Krymskoje durch Personal der 2. Kompanie des 15. Bataillons der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte technische Arbeit zur Ausrüstung von wieder errichteten Positionen durchgeführt werden.

Wir haben **Flüge von Drohnen** aus dem Bestand einer Aufklärungskompanie der 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zur Durchführung von **Luftaufklärung** der Positionen der

Volksmiliz der LVR im Gebiet von Smeloje, Trjochisbjonka, Wojtowo festgestellt. Unsere Aufklärung hat festgestellt, dass in der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte der Leiter des Stabs, der stellvertretende Leiter der „ATO“ Generalmajor Kowaltschuk zu einer Inspektion des Verbandes eingetroffen ist.

Ziel der Überprüfung ist die Ermittlung der Ursachen der erheblichen Zahl nicht kampfbedingter Verluste sowie des Verkaufs von Waffen und Fällen von massenhafter Desertion in den Einheiten. Es ist bereits bekannt, dass im Ergebnis der Überprüfung der stellvertretende Brigadekommandeur Kotlik wegen nicht vollständiger Dienstleistung abgemahnt wurde.

Außerdem wurden gleichzeitig von der Inspektion des Kommandos der „ATO“ zahlreiche Fälle des Verkaufs von Militäreigentum und Treibstoff an die Zivilbevölkerung von Solotoje entdeckt. Den Gewinn verwendet das Personal der 10. Brigade für den Kauf von Alkohol und Drogen. Zu diesen Fällen werden Strafverfahren eingeleitet.

Der Verteidigungsbehörde der Republik wurde ein weiterer Fall von Korruption in den militärischen Strukturen der Ukraine bekannt.

Am Kontroll- und Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ schaffen Vertreter des Grenzschutzes der Ukraine künstlich Schlangen auf ihrer Seite und schlagen den Bürgern vor, durch den KPP „schnell durchzukommen“, wenn sie ein symbolisches Entgelt von 300 Griwna zahlen. Nach den Worten eines der Augenzeugen haben in der einen Stunde, wo er dies beobachtet hat, 10-12 Personen diesen Dienst in Anspruch genommen.

Entsprechend kann man berechnen, dass die ukrainischen Grenzschützer am Tag etwa 50.000 Griwna von den zivilen Einwohnern erhalten.

Heute wurde von mir ein Befehl „Über den Umgang mit Vertretern der OSZE-Mission, die Nichtzulassung unbegründeter Beschränkungen ihrer Aktivitäten“, der unsere Zusammenarbeit mit den internationalen Beobachtern verbessern wird, unterzeichnet und in den Massenmedien veröffentlicht.

de.sputniknews.com: Poroschenko nennt Kiews strategische Ziele für „ferne Zukunft“.

Die Aufnahme der Ukraine in die EU und die Nato bleibt laut Präsident Petro Poroschenko nach wie vor ein strategisches Ziel des Landes, auch wenn es aller Voraussicht nach in diesem Jahr nicht erreicht werden könne.

Wie Poroschenko am Samstag in einem Beitrag für das ukrainische Magazin „Nowoje Wremja“ ausführte, steht der Beitritt jedoch offensichtlich nicht für 2018 an.

„Ich bin aber fest davon überzeugt, dass sie (diese Ziele – Anm. d. Red.) durchaus erfüllbar sind“, fügte er hinzu.

Zuvor hatte der ukrainische Staatschef zugesagt, Volksbefragungen über den Beitritt der Ukraine zur EU und der Nato durchzuführen.

Ende September hatte der US-Sondergesandte für die Ukraine, Kurt Volker, erklärt, dass Kiew noch nicht bereit sei, der Nato beizutreten. Des Weiteren hatte der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 29. August verkündet, die Ukraine habe weder etwas mit der Europäischen Union noch mit der Nato zu tun. Vergangenen Februar hatte Präsident Petro Poroschenko die Absicht bekräftigt, ein landesweites Referendum über den Nato-Beitritt durchzuführen sowie im Dezember 2015 die Nato-Mitgliedschaft als das Hauptanliegen Kiews bezeichnet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31895/76/318957632.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 6. Januar, werden nach der Durchführung eines Komplexes von technischen Maßnahmen am Gasverteilungssystem von Jasinowataja mehr als 12.000 Verbraucher wieder an die Gasversorgung angeschlossen. Dies teilte der Pressedienst des staatlichen Konzerns Donbassgas mit.

Zuvor war die Gasversorgung behelfsmäßig für Dutzende Gasheizwerke, in der Jasinowatajer Maschinenfabrik, der Großbäckerei, der Waggonabteilung und der Donezker Filterstation wieder in Betrieb genommen worden.

Wir erinnern daran, dass am 5. Januar ein Leck an einem Abschnitt der Hauptgasleitung, die in der Kampfzone liegt, entdeckt wurde. Werden der Reparaturarbeiten wurde die Gasverteilungsstation stillgelegt.

de.sputniknews.com: Kiew droht den auf der Krim tätigen deutschen Unternehmen. Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin hat laut der Agentur UNIAN bei einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Sigmar Gabriel erklärt, dass die deutschen Unternehmen, die trotz der von der EU verhängten Sanktionen auf der Krim arbeiten und die Halbinsel als russisch betrachten, sich politisch und juristisch verantworten müssten. Das ukrainische Ministerium für besetzte Gebiete und Binnenflüchtlinge hatte zuvor erklärt, dass mehrere bekannte Autokonzerne unter Umgehung der Sanktionen auf der Krim tätig seien.

„Sie wissen, dass wir vieles getan haben, damit sich der Betrug Russlands wie im Fall mit der Lieferung von Siemens-Turbinen auf das Territorium der okkupierten Krim niemals wiederholt“, so Klimkin.

„Wie ich glaube, ist das eine traurige Lehre für das gesamte deutsche, und nicht nur deutsche Unternehmertum. Auch jetzt gibt es Unternehmen wie Volkswagen oder Adidas, die es ihren Retailern erlauben, die Krim dem Territorium Russlands hinzuzuzählen. Wir werden sie ganz bestimmt erreichen – nicht nur mit politischen, sondern auch mit juristischen Methoden“, so Klimkin.

Wie Sputnik bereits früher vom Autokonzern Daimler erfuhr, hat der Autohersteller seit 2015 keine offiziellen Partner im Handels- und Wartungsbereich auf der Krim und hält die geltenden Sanktionen ein.

Die westlichen Sanktionen verbieten es den Unternehmen, die sich unter der Jurisdiktion der EU befinden, Immobilien auf der Krim oder in Sewastopol zu erwerben, Gemeinschaftsunternehmen auf der Halbinsel zu gründen, Investitionsdienstleistungen für

Deals dieser Art sowie Dienstleistungen im Tourismus-Bereich zu erweisen.

Die Krim war nach dem Referendum im März 2014 eine russische Region geworden, wobei 96,77 Prozent der Wähler der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol dafür gestimmt hatten. Kiew betrachtet die Krim als sein Territorium, das vorübergehend besetzt sei.

Die russischen Behörden haben wiederholt darauf verwiesen, dass die Krimbewohner auf demokratischem Wege, in vollem Einklang mit dem Völkerrecht und der UN-Charta für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt haben.